

Herzlich willkommen in der Polizei Mecklenburg-Vorpommern – willkommen in eurem Team GdP

Im August und Oktober war es mal wieder so weit. Die neuen Anwärtnerinnen und Anwärtler haben ihre Ausbildung bzw. ihr Studium an der Fachhochschule in Güstrow begonnen. Natürlich waren auch wir an diesem Tag da und so konnten wir viele neue Mitglieder in unserer Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßen.



Fotos: GdP/MV

ihre Mitglieder auch bei Einsätzen vor Ort. Es gibt kaum einen größeren polizeilichen Einsatz, an dem nicht unser Betreuungsteam für die vielen Kolleginnen und Kollegen vor Ort mit dabei ist. Und genau so sind wir in Güstrow vor Ort, wenn ihr – unsere neuen Kolleginnen und Kollegen – in den Polizeidienst eingestellt werdet. Während eurer Zeit in der Fachhochschule werdet ihr viel Neues lernen. Dies ist aber kein Hexenwerk, denn jeder hat mal angefangen. Gemeinsam mit engagierten Dozenten, Lehrern, Trainern und Praktikumsbetreuern steht euch in dieser Zeit auch die GdP zur Seite. Dabei ist neben der Kreisgruppe in der Fachhochschule gerade unsere JUNGE GRUPPE (GdP) als Ansprechpartner und Interessenvertreter wichtig.

Liebe neue Kollegin und lieber neuer Kollege, liebe Auszubildende und Studenten an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow, für viele von euch ist es eine der ersten, wenn nicht sogar die erste „Deutsche Polizei“, die ihr in den Händen haltet. Ich möchte euch daher auf diesem Wege in EURER Gewerkschaft der Polizei herzlich willkommen heißen. Mit eurer Entscheidung, Mitglied zu werden, habt ihr die richtige Entscheidung getroffen! Die GdP ist die größte und die einflussreichste Berufsvertretung im Polizeibereich. Seit 75 Jahren setzt sie sich auf allen politischen Ebenen und in der Personalratsarbeit innerhalb der Polizei für die Verbesserung der beruflichen Lage aller Polizeibeschäftigten ein. Die Meinung der GdP ist gefragt – unsere Gewerkschaft der Polizei ist geschätzter Ansprechpartner unterschiedlichster polizeilicher und politischer Gruppen. Sie wirkt an Gesetzgebungsverfahren mit, die die dienstlichen oder beruflichen Belange der Polizeibeschäftigten berühren. Als Stimme der Polizei genießt die GdP auch in der Öffentlichkeit ein hohes Ansehen. Die wichtigste Leistung der GdP ist aber die Vertretung eurer beruflichen und sozialen Interessen gegenüber der Politik.

Die Gewerkschaft der Polizei sitzt bei Tarif- und Besoldungsverhandlungen federführend mit am Verhandlungstisch. Die

GdP ist in den Dienststellen für ihre Kolleginnen und Kollegen präsent. Aber nicht nur dort – die Gewerkschaft der Polizei betreut





Egal ob es um Probleme in der Ausbildung oder dem Studium geht – als eure Ansprechpartner bringen wir uns gemeinsam mit euch in die Gestaltung des Unterrichts an der Fachhochschule ein. Und natürlich gilt: Da, wo die JUNGE GRUPPE ist, kommen auch Freizeitangebote und -spaß nicht

zu kurz. Eine Gewerkschaft lebt auch von ihren Mitgliedern.

Deshalb: Bringt euch ein! Sprecht uns an! Sagt, was euch gefällt oder was man noch besser machen kann! Erreichen könnt ihr uns auf vielen Wegen, sei es über eure Kreisgruppe, unsere Infostände, über E-Mail oder Tele-

fon. Aber auch in den sozialen Medien könnt ihr uns finden. GEMEINSAM sind wir ein starkes Team! Ich wünsche euch viel Erfolg in der Ausbildung, seid offen für alles Neue, mahnt Negatives an und versucht, gemeinsam mit uns Probleme zu lösen – bis bald!

Euer Christian Schumacher

Erfolgreicher Vorstoß – Mutterschutz und Elternzeit für Beamtinnen in MV auf Bundesstand gebracht!

**Pressemeldung vom
24. März 2025**



Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern begrüßt die veröffentlichten Beschlüsse des Landeskabinetts: Der Entwurf zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesdisziplingesetzes sieht in § 81 vor, dass die für Beamtinnen und Beamte des Bundes geltenden Rechtsvorschriften zum Mutterschutz und zur Elternzeit entsprechend anzuwenden sind. Diese Regelung basiert auf der MuSchEltZV des Bundes, einschließlich der neuen Fehlgeburtsregelung, die am 1. Juni 2025 in Kraft trat.

Wichtige Punkte:

- Überführung der bundesrechtlichen Mutterschutz- und Elternzeitstandards ins Landesrecht durch eine dynamische Verweisung.
- Bereits vor dem formalen Inkrafttreten des geänderten Landesbeamtengesetzes können Beamtinnen im Land von der Neuregelung „profitieren“.
- Die bisherigen MV-Verordnungen zum Mutterschutz und zur Elternzeit treten vorläufig außer Kraft; mit Inkrafttreten des Gesetzes erfolgt deren endgültige Aufhebung.
- Von der Beschlusslage „profitieren“ Beamtinnen in MV im gleichen Maße wie ihre Kolleginnen im Bund sowie im kommunalen Tarifbereich.

Kristin Frosch (GdP-MV-Landesfrauenvorsitzende): „Die Gleichbehandlung von Beamtinnen und Beamten mit dem Bund ist ein zentraler Standort- und Fairnessfaktor. Wir haben mit unserer Pressemeldung vom 24. März 2025 (siehe QR-Code) eine klare For-



Foto: Kristin Frosch (Internet)

derung gesetzt – und der jetzige Kabinettsbeschluss setzt diese Forderung nun endlich um. MV kommt damit seiner Verantwortung als moderner, familienfreundlicher Arbeitgeber nach und etabliert verbindliche Standards, die bundesweit anerkannt sind.“ ■

Einsatzbereit? Nicht wirklich

Wusst ihr eigentlich, was 2024 in der Landespolizei wahrlich aufgegangen ist? Der Krankenstand lag wieder bei „gut 10 Prozent“ – eine Zahl, die sich wie ein schaler Lappen über die Schichten legt und jedes falsche Lächeln im Dienst entlarvt. Die Gesamtkrankentage dürften ge-

genüber dem Vorjahr wieder gestiegen sein, die Einsatzfähigkeit sinkt – und ja, das nennt man nüchtern Budgetschnitt, aber wir nennen das schlichtweg Verantwortungslosigkeit gegenüber denen, die jeden Tag vor Ort stehen, damit andere sicher schlafen können!

Aber was bedeutet das konkret?

Es bedeutet: Wer heute nicht kommt, rettet morgen nichts. Es bedeutet: Wir arbeiten nicht mit Kuscheiltieren, sondern mit realen Alarmen, realen Verletzungen, aber



auch mit realen Kranken, die dann unsere Reihen dezimieren. Wir haben kein Problem mit dem Wetter oder dem Zufall – wir haben ein Problem mit einer Politik, die Zahlen über Menschen stellt, die längst keine Zahnräder mehr sind, sondern Leben, Sicherheit und Gesundheit tragen.

Die Folgen sind klar und folgenlos zugleich: Personalnotstand wird zur Normalität, Schichtpläne zu Überraschungskutschen, die morgens schon in die Nacht hineinschieben. Die Kollegen fragen sich, wer heute überhaupt da ist, wer heute Dienst macht, wer heute noch die Tür im Einsatz offenlässt? Wir nennen das nicht Vernachlässigung, wir nennen das kalkulierte Unterfinanzierung: mehr Bürokratie pro Einsatz, weniger Menschen in Uniform. Wir haben keine Illusionen darüber, wem dieser Zustand nutzt.

- Er nutzt der Sparpolitik, die glaubt, Kernaufgaben seien optional.
- Er nutzt der Kultur der Feigenblätter, die Versprechen mit Zahlen kaschiert und die Sicherheit der Bevölkerung als Bonus behandelt.

Wir fordern keine Wunder, wir fordern Würde: faire, verlässliche Arbeitsbedingungen und echte Planungssicherheit. Dazu gehören:

- ausreichende Personaldecke, planbare Schichten, keine endlosen Vertretungen
- bessere Gesundheits- und Präventionsprogramme, damit Krankheiten uns nicht (dauerhaft) kaputt machen
- eine verlässliche Personalentwicklung, die Gesundheit (!) statt Belastung in den Mittelpunkt stellt
- angemessene Ressourcen für Ausrüstung, Technik und Fortbildung
- eine Politik, die nicht erst handelt, wenn Notstand droht, sondern proaktiv Investitionen tätigt

Und ja, wenn bspw. der „Notbetrieb“ im polizeiärztlichen Dienst droht, sollten wir nicht erst erkennen, dass Ressourcen fehlen – sondern vorher handeln: mehr Personal, klare Verantwortlichkeiten, bessere Bezahlung und transparente Planungen. Eine freie Heilfürsorge, die uns schützt, wenn Grippewellen einem

die Haut wieder raufziehen, ist kein Luxus, sondern Pflicht. Wir klatschen nicht für leere Versprechen. Wir setzen auf klare Taktzahlen statt flatternder Floskeln. Der Krankenstand ist kein Zufall, er ist ein Weckruf: Investiert in Menschen, investiert in Gesundheit, investiert in Sicherheit – bevor der Notbetrieb zur Dauerbeschäftigung wird und die Bürgerinnen und Bürger den Preis zahlen.

Die Landesredaktion



WIR BRAUCHEN EURE MITHILFE!

Eine neue Fragebogenaktion zur Beihilfe wurde gestartet

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht könnt ihr euch erinnern, dass auf der 6. GdP-Landesseniorenkonferenz 2019 ein Antrag auf Gründung einer „Arbeitsgruppe Beihilfe“ beim Geschäftsführenden Landesvorstand der GdP MV gestellt wurde. Diese Arbeitsgruppe wurde im Juni 2022 gebildet und hatte zum Ziel:

- aus unserer Sicht unklare und nicht leicht verständliche rechtliche Bestimmungen zu erfassen und entweder über eine Veränderung der Beihilfavorschriften oder praktikable Hilfen der GdP wie Hinweisen eine Erleichterung im Umgang mit der Beihilfe zu erreichen und

- Verbesserungen in den Beihilfeleistungen geprüft und entsprechend Einfluss auf den Gesetzgeber genommen wird.

An diesen Zielen hat sich bis heute nichts geändert. U. a. durch die Beihilfe als eigenständige ergänzende Krankenfürsorge erfüllt der Dienstherr gegenüber den Beamten und ihren Familien und weiteren Personengruppen seine Fürsorgepflicht. Dabei geht es nicht nur um den Schutz vor Beeinträchtigungen des Persönlichkeitsrechts und der Gesundheit, sondern auch um die Beachtung anderer nachvollziehbarer Interessen der Beihilfeberechtigten im Rahmen des Zumutbaren.

Wenn ihr diese Zeilen in der „Deutschen Polizei“, Ausgabe Oktober 2025, lest, seid ihr sicher im Besitz eines weiteren Fragebogens zum Thema „Beihilfe“, erstellt durch die „Arbeitsgruppe Beihilfe“. Diesem Fragebogen vorangestellt ist ein Anschreiben, aus dem ihr nachvollziehen könnt, was die Gewerkschaft der Polizei insbesondere im 2. Halbjahr 2022 nach massiven Beschwerden von Pensionärinnen und Pensionären der Landespolizei über die Arbeit des Landesamtes für Finanzen unternommen hat, um diesbezüglich Verbesserungen zu erreichen. Letztlich mussten wir einschätzen: Leider dauerte es nur wenige Monate, bis sich herausstellte, dass es seitens des Fi-



BeiHILFE

Foto: GdP MV

nanzministeriums keinerlei Interesse gab, sich zu weiteren Fragen mit der GdP zu einigen.

Wir erklärten die Verhandlungen für gescheitert. Eine Schlichtungsverhandlung mit dem Chef der Staatskanzlei im Mai 2025 brachte auch keine Ergebnisse – außer der Feststellung des Finanzministeriums und des Landesamtes für Finanzen, dass sich

Polizistinnen und Polizisten mit der Beihilfe schwertun. Mit anderen Worten: Wir sind offensichtlich zu dumm, die Beihilfe zu begreifen.

Wenn die Landesregierung sich verweigert, müssen wir mit Blick auf die demnächst anstehenden Landtagswahlen wieder einmal die Öffentlichkeit um Unterstützung bitten.

Und dazu brauchen wir **eure Mithilfe**. Vielfache Rückmeldungen des Fragebogens bis zum **20. Oktober 2025 an die Geschäftsstelle der GdP** wünschen wir uns; sie helfen bei einer fundierten Einschätzung.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüßen die Mitglieder der AG Beihilfe

Seniorengruppe der GdP Rostock feiert Grillnachmittag 2025 mit Ehrungen, Diskussion und Ausblick auf den Landesdelegiertentag 2026

Am 27. August 2025 traf sich die Seniorengruppe der GdP-Kreisgruppe Rostock zu ihrem alljährlichen Grillnachmittag im Vereinslokal „Edelweiss“ in Rostock. Nach der Begrüßung durch den 2. Vorsitzenden der Gruppe gab es Kaffee und Kuchen. Danach erhielten zwei unserer Mitglieder Ehrungen

für ihre lange Mitgliedschaft in der GdP, überreicht durch den KG-Vorsitzenden Rostock, Tony Orglmeister.

In der anschließenden Diskussion und den Informationen wurden Fragen zur weiteren Gruppenarbeit sowie in Vorbereitung des GdP-Landesdelegiertentags 2026 ge-

stellt. Das anschließende Grillbuffet war lecker und reichlich. Mit diesem Grillnachmittag möchte ich mich aus der Organisation zurückziehen und meiner Nachfolgerin alles Gute wünschen.

i. A. Rolf Michael
Beisitzer Seniorengruppe KG Rostock



Fotos: GdP/HQ Seniorengruppe



Landesregierung liefert: mehr Attraktivität für den öffentlichen Dienst – gesetzliche Krankenversicherung für Beamt*innen in MV

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns bringt nun die pauschale Beihilfe auf den Weg. Diesen Schritt begrüßt Laura Pooth, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Nord, ausdrücklich: „Versprochen – gehalten!

Die Landesregierung liefert und setzt ein zentrales Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um. Das ist ein wichtiger und überfälliger Schritt, der dem öffentlichen Dienst in Mecklenburg-Vorpommern frischen Wind verleihen wird.“

In vielen norddeutschen und ostdeutschen Bundesländern hat sich dieses Modell bereits bewährt. Erfahrungen aus Hamburg zeigen, dass insbesondere unter neuen Lehrkräften, in technischen Berufen und in den unteren Besoldungsgruppen mit einer hohen Nachfra-



ge zu rechnen ist. „Endlich erhält dieser Attraktivitätsbooster für den öffentlichen Dienst auch in Mecklenburg-Vorpommern Einzug – ein wichtiger Schritt, um Wettbewerbsnachteile zu beseitigen“, so Laura Pooth.

Mit dem Inkrafttreten hätte auch das Warten von mehr als 1.000 Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen, die sich bereits freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert haben, ein Ende. „Sie tragen aktuell sowohl den Arbeitgeber- als auch den Arbeitnehmeranteil selbst. Das ist eine unnötige Belastung für die Beschäftigten“, bekräftigt Pooth.

Zum Hintergrund

Die pauschale Beihilfe ist ein Zuschuss für Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen zur gesetzlichen Krankenversicherung. Er sorgt dafür, dass Beamt*innen ohne Nachteile zwischen der freiwilligen gesetzlichen Versicherung und dem klassischen Modell aus Beihilfe und privater Krankenversicherung wählen können. Bei der pauschalen Beihilfe beteiligt sich der Dienstherr pauschal an den Kosten einer gesetzlichen Krankenvollversicherung – ähn-

lich dem Arbeitgeberanteil bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

In den Ländern Niedersachsen, Sachsen, Hamburg, Baden-Württemberg, Bremen, Berlin, Brandenburg und Thüringen übernehmen die Dienstherrn bei einer freiwilligen Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung grundsätzlich die Hälfte der anfallenden Kosten der Krankenvollversicherung, in Schleswig-Holstein unter bestimmten Bedingungen.

Quelle: DGB Nord

In tiefer Trauer

Bei einem Einsatz in Völklingen ist am 21. August 2025 ein Kollege der PI Völklingen durch einen Schuss tödlich verletzt worden. Wir sind erschüttert über diesen sinnlosen Verlust.

Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen, den Kolleginnen und Kollegen und allen Einsatzkräften. Wir wünschen ihnen viel Kraft.

Spendenaktion

Mittlerweile läuft eine gemeinsame Spendenaktion der Polizeigewerkschaften im Saarland für Simon. Um seine Familie in dieser schweren Zeit sowie bei den zukünftigen

Herausforderungen zu unterstützen, rufen die saarländischen Polizeigewerkschaften BDK, DPolG und GdP gemeinsam zur Spendenaktion auf. Jede Hilfe – groß oder klein – zählt.

Die Aktion wurde mit allen Beteiligten, vor allem aber den Angehörigen, eng abgestimmt.

Banküberweisung:

Kontonummer:

DE97 6609 0800 0011 7587 72,

Verwendungszweck:

„Spendenkonto Simon“

Alle eingehenden Spenden werden im Namen der drei Polizeigewerkschaften ohne Abzug dem Nachlass von Simon zugeführt. ■

Foto: Internet/DPolGSL



Willkommen im Team!

Am 1. August 2025 starten 131 Nachwuchskräfte ihre zweijährige Ausbildung im mittleren Polizeivollzugsdienst an der Fachhochschule in Güstrow! Damit wurde das ursprüngliche Einstellungsziel von 125 knapp übertroffen.

Wir freuen uns über das starke Interesse an unserem Beruf und wünschen allen neuen Kolleginnen und Kollegen einen tollen Start! ■





Foto: Fotogruppe/Adobe Stock

Errichtung eines Polizeineubaus

Im Behördenzentrum Neubrandenburg entsteht ein Polizeizentrum für das Polizeipräsidium Neubrandenburg, die Kriminalpolizeiinspektion und das Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern. Im 1. BA wird das Dienstgebäude errichtet. Verantwortlich für die Baumaßnahme ist das SBL Neubrandenburg.

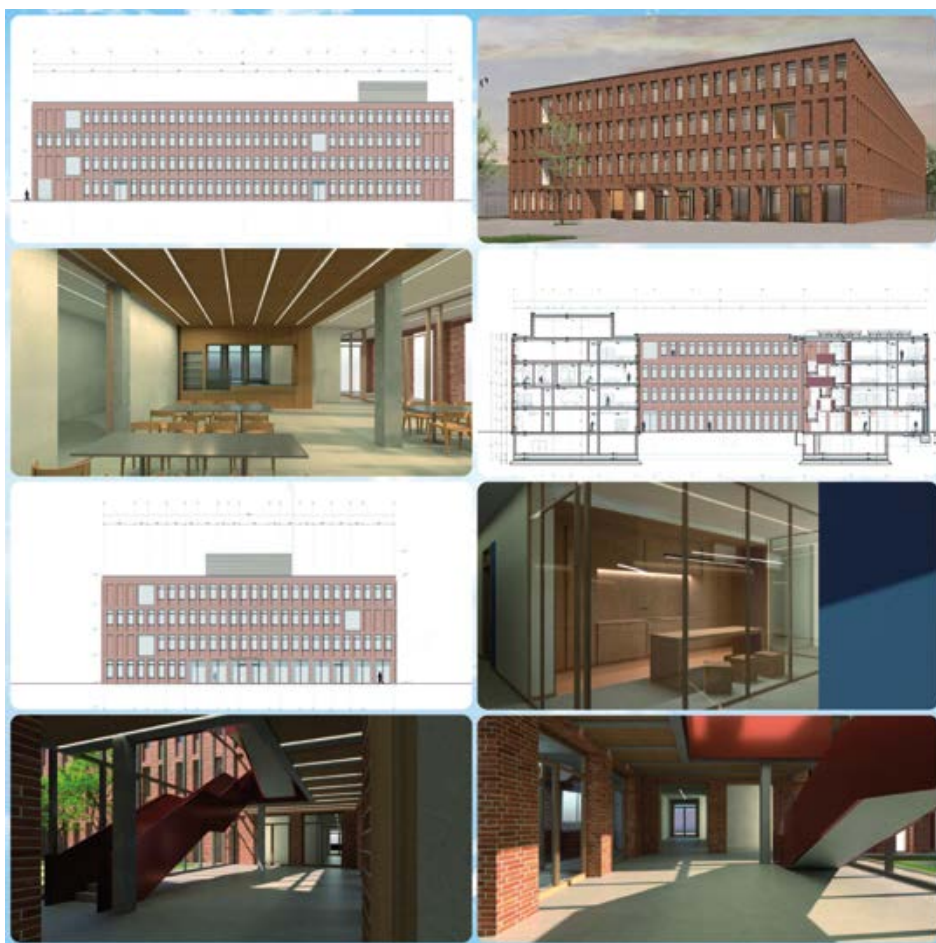
Entwurf

Der Neubau wird als ein viergeschossiges, teilunterkellertes Gebäude mit einem Stafelgeschoss und einem Innenhof erbaut. Der Solitärbaukörper mit Innenhof versteht sich als vom Bestand abgesetzter Stadtbaustein, der mit Blick auf die vorhandene Bebauungsstruktur der ehemaligen Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Neubrandenburg einen zeitgeschichtlichen Neuanfang definiert.

Gebäude, Vorplatz und Innenhof leisten zusammen mit der diagonalen Ausrichtung zur Neustrelitzer Straße einen sichtbaren Beitrag für die Neuordnung des gesamten Areals, das bisher zentral von der hermetischen Abgrenzung gegen die umgebenden städtebaulichen Strukturen bestimmt war. Die Arkade an der Platzfassade signalisiert in Richtung Neustrelitzer Straße Öffentlichkeit, der Innenhof bietet Transparenz in der Nutzung, Tageslicht und Orientierung. Das Element des Vorplatzes sowie die Anbin-

dung und die Aufwertung der vorhandenen Ost-West-Wegeverbindung verbessern für Besucher die Auffindbarkeit des Stasiunterlagen-Archivs Neubrandenburg innerhalb

des Areals. Die westlich davon erhaltenen Mauerreste der ehemaligen Einfriedung des Stasi geländes werden in das Fußwegenetz eingebunden und durch die Gestaltung der



Quellen: © 2025 Staatliches Bau- und Liegenschaftsamt Neubrandenburg



Blick auf die Südostansicht des Polizeineubaus

Außenanlagen gefasst. Durch die Anbindung der Straße an die westliche Schleife der Kirschenallee ist nun eine direkte Verbindung mit dem ehemaligen Stasigefängnis möglich. Die vorhandenen Infostelen zur Historie des Standorts sind dadurch wesentlich besser verständlich.

Die erdberührenden Bauteile des Untergeschosses und Erdgeschosses, Bodenplatte und Außenwände werden aus Beton errichtet. Die Abdichtung dieser Bauteile gegen Wasser erfolgt als „schwarze Wanne“. Das Tragwerk wird als fugenloser Betonskelettbau hergestellt. Die größte Deckenspannweite beträgt in der Regel bis ca. 6,75 m. Die Gebäudeaussteifung erfolgt über Betonwände und die Flachdecken aus Beton. Geschlossene Fassadenflächen im Erd- bis 4. Obergeschoss werden mit einer wärmegeprägten, hinterlüfteten Verblendmauerschale aus hellem, in leichten Farbschattierungen differenziertem Backstein bekleidet und die Fenster der Lochfassade mit einer Holz-Aluminium-Konstruktion ausgeführt. Die großflächige Innenhofverglasung ist eine pulverbeschichtete Pfosten-Riegelfassade. Die Verglasungen werden als Dreifachisolierverglasung ausgeführt.

Der Innenausbau ist im Raster aufgebaut. Die nicht tragenden Innenwände werden als flexible Ständerwerk-Montagewände bzw. Raumtrennwandelemente errichtet. Im Innenbereich staffeln feine Farbabstufungen den Baukörper in Orientierung an die Fachbereiche. Einzelne Farbakzente lockern die Atmosphäre im Gebäude auf und erleichtern die Orientierung für Besucher und Mitarbeiter. In Teilbereichen kommen Abhangdecken zur Ausführung.

Der Fußbodenaufbau besteht aus „schwimmendem Estrich“ bzw. „Verbundestrich“ jeweils mit geklebten gehweichten bzw. gehharteten Belägen bzw. Bodenbe-

schichtungen. In den hoch installierten Räumen wird ein Doppelboden eingebaut. Die waagerechten Dachflächen erhalten einen bituminösen Warmdachaufbau mit extensiver Begrünung.

Erneuerbare Energien/ Energieeffizienz

Es ist geplant, die gesamte Dachfläche mit einer Photovoltaikanlage zur Eigenversorgung mit Energie auszustatten. Überschüssiger Strom wird in das Energienetz eingespeist.

Das Gebäude erhält eine Netzersatzanlage und eine LED-Beleuchtung. Die Wärmeversorgung erfolgt über das Fernwärmenetz der Stadtwerke Neubrandenburg. Moderne effiziente Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung, modernste Medien-, IT- und Sicherheitstechnik und zeitge-

Bauherr	Land Mecklenburg-Vorpommern, vertreten durch das SBL Neubrandenburg
Projektleitung Neubau Polizeizentrum	SBL Neubrandenburg
Planung Hochbau und Baubetreuung 1. BA Neubau Polizeizentrum	Huber Staudt Architekten BDA Gesellschaft von Architekten mbH, Berlin
Planung Hochbau	AIN-Plan GmbH, Neubrandenburg
Baubeginn 1. BA Neubau Polizeizentrum	11. 2022
Bauende	12. 2026
Baubeginn 2. BA 1.RA Unterbringung Einsatzbezogenes Training (ETR) und Fitnessbereich (ETR) in Halle 4	12. 2021
Bauende	05. 2024
Gesamtbaukosten 1. BA	48,2 Millionen Euro
Gesamtbaukosten 2. BA	3,6 Millionen Euro
Nutzfläche Polizeizentrum	6.308 m ²
Brutto-Grundfläche Polizeizentrum	11.763 m ²
Brutto-Rauminhalt Polizeizentrum	47.100 m ³
Nutzfläche ETR	614 m ²
Brutto-Grundfläche ETR	955 m ³
Brutto-Rauminhalt ETR	6.016 m ³
Auftragsvergabe 1. BA	28 Prozent der Leistungen; 33,7 Prozent der beauftragten Firmen kommen aus MV
Auftragsvergabe 2. BA	100 Prozent der Leistungen; 77 Prozent der beauftragten Firmen kommen aus MV



mäße Gebäudetechnik kommen zum Einbau.

Im 2. BA wurden die für das Polizeizentrum erforderlichen Einsatztrainingsräume (ETR-Räume) in einem umgebauten Bereich der vorhandenen Halle 4 im BHZ untergebracht. Bei der Baumaßnahme handelte es sich um den Umbau eines Teilbereiches der ca. 126 m langen Mehrzweckhalle 4

zur Unterbringung des Einsatzbezogenen Trainings der Landespolizei. Vom Gebäude wurde eine Länge von ca. 36 m bis 42 m zur Nutzung für das Situationstraining für die Polizei umgebaut. Durch die starke Visualisierung und Digitalisierung der Trainingsbereiche ist es den Bediensteten nun möglich, verschiedenste Einsatzsituationen nachzubilden und entsprechend zu trainie-

ren. Zusätzlich wurde im Planungsverlauf der ursprünglich im Neubau eingeplante Fitnessbereich für die Polizeidienststellen in diesem Bereich untergebracht. In der Halle 4 wird auch die Montagehalle hergerichtet.

Planungsdaten Neubau Polizeizentrum Neubrandenburg

Mitgliederbefragung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die nächste Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) steht an – und Deine Meinung zählt! Was ist Dir besonders wichtig? Wir wollen herausfinden, welche Themen Dir unter den Nägeln brennen, damit wir Deine Interessen in den Verhandlungen gezielt vertreten können.

Nimm jetzt an unserer Mitgliederbefragung teil. Die Umfrage dauert nur wenige Minuten und läuft bis zum 15. Oktober 2025. Mach mit und setz Dich mit uns zusammen für faire Löhne und bessere Bedingungen ein!

Denn nur gemeinsam sind wir stark – und können mehr erreichen! Danke für Deinen Einsatz und Deine Unterstützung!

Herzliche Grüße
Dein Landesvorstand

Zur Befragung



Foto: PVAG



Foto: PVAG MV



Foto: DGB



DP – Deutsche Polizei
Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle
Gadebuscher Straße 125
19057 Schwerin
Telefon (0385) 208418-10
Telefax (0385) 208418-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Marco Bialecki (V.i.S.d.P.)
Telefon (0385) 208418-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. links)